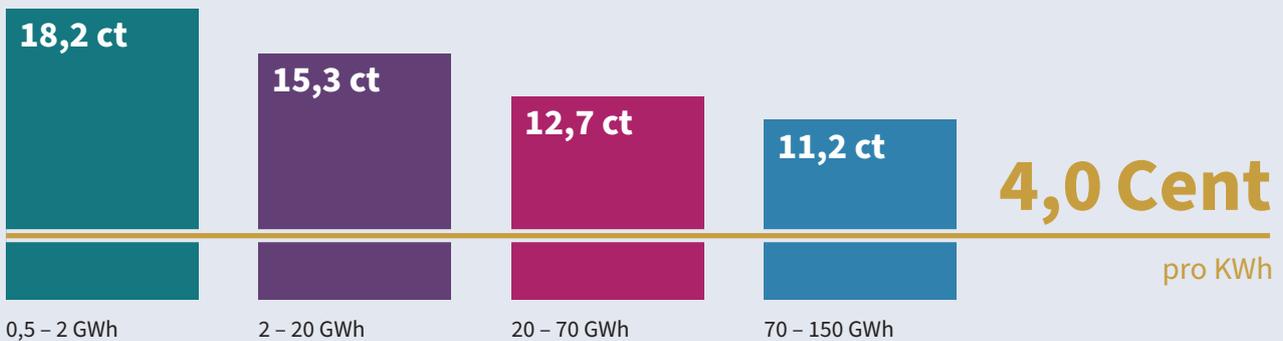


DEUTSCHLANDS INDUSTRIESTROMPREISE SIND ZU TEUER – INSBESONDERE FÜR MITTELSTÄNDISCHE UNTERNEHMEN
STROMPREISE FÜR DAS 2. HALBJAHR 2020 FÜR DIE INDUSTRIE IN CT/KWH NACH ABNAHMEMENGE



Quellen: Eurostat, VCI

Um den Green Deal erfolgreich zu meistern, benötigt Deutschlands Chemieindustrie einen Strompreis von 4 Cent pro kWh. Die Preise müssen massiv fallen – insbesondere für kleinere Stromabnehmer.

KLIMASCHUTZ

Umsetzungsproblem endlich angehen

Deutschlands Chemieindustrie muss sich im Zeitraffer komplett neu erfinden, um die klimapolitischen Vorgaben zu erfüllen. Die Unternehmen wollen in knapp drei Jahrzehnten CO₂-neutral produzieren und mit innovativen Produkten auch weiterhin klimaneutrale Mobilität, Energieerzeugung und Wohnen überhaupt erst möglich machen.

Das alles geht, sofern die Branche grünen Strom in riesigen Mengen zu bezahlbaren Preisen kaufen kann und in der Transformation unterstützt wird. Und zwar versorgungsstabil: 24 Stunden, 365 Tage und Nächte, jedes Jahr. Die Politik muss

hier endlich liefern, anstatt am Ende auf dem Rücken des Mittelstandes im Schweinsgalopp Ziele und Zusatzbelastungen zu verschärfen.

Am 29. April 2021 hat das Bundesverfassungsgericht sein Klimaschutzurteil verkündet. Kernaussage: Das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung ist für den Zeitraum ab 2031 nicht verfassungskonform und muss bis Ende 2022 nachgebessert werden. Das Gericht hat der Politik also Zeit zur Ausarbeitung von Maßnahmen gegeben, um die Treibhausgasneutralität verlässlich zu erreichen und gleichzeitig die Industrie vor Wettbewerbsnachteilen zu schützen. Diese Option schlug die Bundesregierung aus. Bereits zwei Wochen später verschärfte

sie ihr Klimaschutzgesetz massiv, nicht nur für den Zeitraum ab 2030, sondern auch bis 2030 – einfach so, per Federstrich.

Warum sind mittelständische Unternehmen besonders betroffen?

Mittelständische Unternehmen stehen vor deutlich größeren Herausforderungen als Großkonzerne und werden im Namen des Klimaschutzes auch noch besonders zur Kasse gebeten. Siehe Stromkosten: Wer 2020 „nur“ zwischen 500 bis 2.000 MWh verbrauchte, zahlte über 18 Cent pro kWh – gut 6 Cent mehr als größere Verbraucher mit 70 bis 150 GWh. Grund sind insbesondere die EEG-Belastungen, von denen vor allem kleine Unternehmen nicht befreit sind. In Summe zahlt die

Chemie dafür mehr als 1,2 Milliarden Euro pro Jahr. Es ist Deutschlands Mittelstand, der die Energiewende mitbezahlt. Siehe CO₂-Preise auf Brennstoffe: Seit Anfang des Jahres zahlen Tausende kleinere Unternehmen auch für das neue Handelssystem, ohne dass es bis dato einen Carbon-Leakage-Schutz gibt. Siehe Energieinfrastruktur: Damit der Windstrom von der Küste zu den Unternehmen gelangen kann, konzentriert sich die Politik auf den Trassenausbau in die großen Industriestandorte. Das gleiche gilt für den Aufbau der Wasserstoffinfrastruktur, die für eine grüne Chemie unerlässlich ist. Mittelständler sind allerdings in ganz Deutschland abseits der Metropolregionen zu finden – und werden so abgehängt.

Keine Lösung für den Mittelstand sind die auf EU-Ebene geplanten Ausgleichsabgaben (CBAMS) an den EU-Außengrenzen. Handelsstreitigkeiten sind vorhersehbar und durch die Abgaben verteuerte Vorprodukte schwächen unseren starken Mittelstand.

Was ist zu tun?

● **Stromproduktion entfesseln**

Allein in Deutschland steigt der Strombedarf der chemisch-pharmazeutischen Industrie bis 2050 von 54 auf mehr als 600 Terawattstunden – das ist mehr Strom, als 2020 deutschlandweit verbraucht wurde. Da auch in anderen Bereichen deutlich mehr Strom benötigt wird, kann dieser Bedarf nicht aus heimischer Produktion gedeckt werden. Der Ausbau von Produktionskapazitäten und Stromtrassen muss über die Landesgrenzen hinaus geplant werden – mit einer europäischen Strategie zur Elektrifizierung.

● **Stromkosten reduzieren**

Mittelständische Chemieunternehmen können nur dann ihre Produktionsverfahren von Öl und Gas auf grünen Strom umstellen, wenn sie zeitgleich ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit wahren. Die Kostenfrage ist dabei entscheidend: Die Politik muss dafür sorgen, dass die enormen Mengen erneuerbaren Industriestroms maximal 4 Cent pro Kilowattstunde kosten.

● **Internationalen**

Ordnungsrahmen schaffen

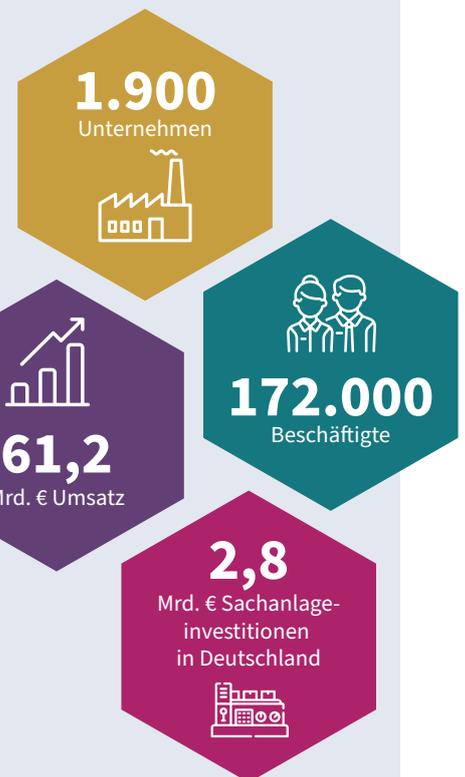
Europäische Insellösungen und Handelskonflikte müssen vermieden werden. Vielfach diskutierte Klimazölle gehören vom Tisch. Die globale CO₂-Bepreisung und die Messung des CO₂-Fußabdrucks von Produkten gilt es international voranzutreiben. Auf dem Weg dahin könnten sogenannte Carbon Clubs eine Rolle spielen. Die EU sollte ausloten, mit welchen Partnern Standards für mehr Klimaschutz vereinbart werden können, ohne Handelsbarrieren hervorzurufen.

Mittelstand ist unser Wohlstandsmotor – und muss entsprechend berücksichtigt werden

Gut 90 Prozent der heimischen Chemieunternehmen haben weniger als 500 Mitarbeiter und/oder sind Familienunternehmen. Sie sind Sinnbild des deutschen Mittelstandes, den es in dieser Breite und mit dieser Leistungsfähigkeit in keinem anderen Land gibt und international Anerkennung und Bewunderung erfährt.

Um so problematischer ist, dass in der öffentlichen Berichterstattung der Mittelstand kaum Aufmerksamkeit findet. Das wirkt sich auch auf die Wahrnehmung der Politik aus: Insbesondere bei politischen Großprojekten wie der Energiewende oder der EU-Chemikalienstrategie werden spezifische Probleme des Mittelstandes stiefmütterlich behandelt. Und Mittelstands-Klassiker wie Bürokratieabbau kommen – trotz vielfacher Versprechungen – nur unzureichend voran. Die kommende Bundesregierung muss es besser machen!

KENNZAHLEN ZUM CHEMIE-MITTELSTAND*



*Unternehmensgröße unter 500 Mitarbeitern
Quellen: Destatis, VCI; Werte für 2018

#AlleFürDieZukunft